

Bloß nicht rauswerfen!

Von Stefan Collignon

27.04.2010

Der Vorschlag, Griechenland aus der Euro-Zone auszuschließen, ist absurd. Ein solcher Schritt würde nicht nur die Griechen selbst treffen, sondern auch deutsche Interessen gefährden. Von Stefan Collignon

Die Deutschen haben ein eigenartiges Vergnügen daran, an den Ästen zu sägen, auf denen sie sitzen. Die neuste Variante dieser Manie ist der Vorschlag, Griechenland aus der Euro-Zone zu werfen.

Dabei wird ignoriert, dass der Euro das Herzstück des europäischen Binnenmarkts ist, auf dem Deutschland seine Exportüberschüsse erzielt. Es wird vergessen, dass der Euro den europäischen Bürgern die schlimmsten Folgen der US-Wirtschaftskrise erspart hat. Mit dem alten Flickenteppich nationaler Währungen, die früher als Spielball der Spekulation Kosten und Preisrelationen regelmäßig verzerrten, wäre die Arbeitslosigkeit heute doppelt so hoch. Politische Extremisten hätten Oberwasser, und das Friedensprojekt Europa wäre in seinen Fundamenten erschüttert. Die Forderung nach einem Ausschluss Griechenlands oder auch anderer Euro-Länder ist nicht nur falsch. Sie gefährdet auch das nationale Interesse Deutschlands.

Das deutsche Rabaukentum im europäischen Porzellanladen nährt sich aus zwei Quellen: politischem Chauvinismus und fehlgeleiteter Wirtschaftstheorie. Der wiedererwachte Nationalismus in der Berliner Republik geilt sich an der Devise auf: Wir machen alles richtig, und „die anderen“ im sonnigen Süden sollen es uns erst einmal nachmachen. Nun gibt es wenig Zweifel, dass die konservative Karamanlis-Regierung Griechenland viel Schaden zugefügt hat und dass Deutschland für griechische Sozialisten immer ein Vorbild war. Papandreuos Regierung braucht Zeit und Hilfe, um den schwierigen Umbau des griechischen Staatsapparats erfolgreich zu Ende zu bringen. Stattdessen prügeln deutsche Medien und Politiker mit unverhohlener Xenophobie auf ihren europäischen Nachbarn ein. Frieden sieht anders aus. Haben wir nichts aus der Geschichte gelernt?

Als deutscher Steuerzahler finde auch ich es empörend, wenn ich für die Fehler von Regierungen zahlen soll, die ich nicht selbst gewählt habe. Dies ist ein Fundamentalproblem der gegenwärtigen Verfassung Europas. Aber die griechische Krise hat damit wenig zu tun. Erstens haben deutsche Regierungen seit Jahren aktiv weggesehen, wenn andere Regierungen gemogelt haben. Zweitens zahlt der deutsche Steuerzahler gar nicht für Griechenland, sondern umgekehrt: Deutschland leiht sich 8,5 Mio. Euro (103 Euro pro Kopf) für 2,5 Prozent Zinsen und verleiht sie an Griechenland für fünf Prozent. Nettogewinn für den Steuerzahler: 212,5 Mio. Euro im Jahr.

Die Idee eines Ausschlusses aus der Währungsunion basiert auch auf irreführender Theorie. Die Gegner der Währungsunion haben immer der Behauptung der Ökonomielehrbücher geglaubt, man brauche den Wechselkurs, um eine Währung abwerten zu können. Die Erfahrung der 70er-, 80er- und 90er-Jahre hat gezeigt, dass dies im europäischen Binnenmarkt nicht funktioniert. Die einzelnen Währungsräume sind zu klein, verursachen hohe Kosten, und bei einer Abwertung wird die Inflation durch hohe Importpreise nach oben getrieben. Der kurzfristige Wettbewerbsgewinn wird schnell durch monetäre Instabilität wieder zunichtegemacht. Genau deshalb braucht der europäische Binnenmarkt eine stabile Gemeinschaftswährung. Hinzu kommt die Tatsache, dass die griechischen Schulden auf Euro lauten und der Schuldenberg nach einer Abwertung deshalb noch belastender würde.

Wer heute den Austritt Griechenlands fordert, schadet nicht nur deutschen Interessen, er hat auch nicht verstanden, wie der Euro funktioniert. Eine Währungsunion ist kein Currency-Board, in dem Wechselkurse unwiderruflich fixiert werden. Sie ist vielmehr ein einheitlicher Währungsraum, der sich dadurch definiert, dass alle gebietsansässigen Geschäftsbanken sich zu gleichen Bedingungen und unbegrenzt bei der Zentralbank mit Liquidität versorgen können. Mit anderen Worten: Länder haben keine eigenen Währungsreserven mehr, da die Währungsreserven für die gesamte Euro-Zone von der EZB verwaltet werden.

Das Gerede vom griechischen Bankrott ist deshalb falsch: Nicht Griechenland kann seine Schulden eventuell nicht mehr bezahlen, sondern die griechische Regierung, sprich die hellenische Republik. Der Staat ist aber nicht das Land. Es gibt zahlreiche Firmen und Banken in Griechenland, die profitabel, solvent und liquide sind. Die griechische Regierung ist darauf angewiesen, dass diese Unternehmen das Wirtschaftswachstum schaffen, aus dem künftige Steuern bezahlt werden. Ein Ausscheiden aus der Euro-Zone würde der Privatwirtschaft den Boden unter den Füßen entziehen, da das gesamte Land plötzlich wieder unter schwacher Währung und Devisenknappheit leiden würde.

Es ist mir ein Rätsel, wie deutsche Ordnungspolitiker für Währungsstabilität kämpfen und gleichzeitig Griechenland in den Abgrund stoßen wollen.

Sicher, die griechische Krise gefährdet die Stabilität des Euro. Viele Investoren in den USA, China und Japan, haben das Vertrauen in die Fähigkeit der Europäer verloren, ihre Währung optimal zu verwalten. Die Bundesregierung beschuldigt „die Griechen“ der Brandstiftung am europäischen Haus, versperrt der Feuerwehr aber den Weg.

Diese Krise zeigt uns eins: Ohne eine echte politische Union wird Europa nicht überleben. Das Prinzip der „Eigenverantwortung der Mitglieder der Euro-Zone“ ist die Lebenslüge konservativer Politiker in Deutschland. Europa braucht vielmehr eine demokratische Regierung, die die Interessen aller Bürger gegen die Dummheit und Einzelinteressen nationaler Regierungen verteidigt.